

Die Hoffnung kommt aus Tübingen

VON MARTIN ZIMMERMANN

TÜBINGEN. Hunderte Flüchtlinge aus Afghanistan sitzen derzeit in Pakistan fest. Einige von ihnen haben bereits von der Ampel-Regierung eine Aufnahmезusage erhalten, die nun von der Merz-Regierung überprüft wird. Der Tübinger Menschenrechtler Andreas Linder und der Rottenburger Journalist Peter Wingert haben einige dieser Gestrandeten Ende Oktober besucht. Wingert hat einen 15-minütigen Dokumentarfilm gedreht, der die Situation der gestrandeten Flüchtlinge in Pakistan zeigt. Dabei berichtet eine Frau vom traumatischen Abschiebeversuch der pakistanischen Polizei.

Um welche Gruppen von Menschen geht es?

»Es gibt zwei Gruppen von Menschen, die dort auf eine Ausreise nach Deutschland warten«, sagt Wingert. Zum einen gebe es hochkarätige Funktionsträger, die bereits eine Aufnahmезusage der Ampel-Koalition hatten. Das ist etwa ein Journalist eines regionalen TV-Sender, dessen Frau Nachrichtensprecherin war. Da ist beispielsweise eine Rechtsanwältin, die einen Vertrag mit der deutschen GIZ hatte und ein ehemaliger Gouverneur der Provinz Khost. Die zweite Gruppe sind Menschen, deren Anträge im Aufnahmeprogramm nicht bearbeitet wurden, weil das Programm schon vor Jahresende 2024 faktisch gestoppt wurde. Wingert berichtet von einer Wohngemeinschaft mit sechs jungen Frauen, von denen einige Lehrerinnen an Mädchenschulen waren, eine war Hebamme. Die meisten waren aktiv in der Frauenrechtsbewegung und werden deshalb von den Taliban verfolgt. Zwei weitere Frauen sind in Gefahr, weil sie sich von einer koreanischen Freikirche zur Konvertierung vom Islam zum Christentum überzeugen ließen. Bei den Taliban steht darauf die Todesstrafe.



In Pakistan gestrandete Afghaninnen, die sich für Frauenrechte eingesetzt haben und deshalb von den Taliban verfolgt werden, wollen als Altenpflegerinnen nach Deutschland.

FOTOS: WINGERT

Wie steht die Chance der Flüchtlinge auf eine Ausreise nach Deutschland?

»Bei der ersten Gruppe stehen die Chancen besser als bei der zweiten Gruppe«, sagt Wingert. Er berichtet davon, dass drei Familien, die er und Linder in Afghanistan besucht haben, inzwischen in Deutschland sind, weil das Verwaltungsgericht Berlin ihre Klagen angenommen hat und die Regierung dann zur Erteilung des Visums gezwungen war. Das gilt für eine Rechtsanwältin, eine Frauenrechtlerin und eine weitere Familie. Kurios ist der Fall des ehemaligen Gouverneurs. Er hatte bereits eine Aufnahmезusage,

sage, aber nach dem Regierungswechsel wurde ein Widerrufsverfahren eröffnet, weil ein inzwischen 15 Jahre alter Bericht der amerikanischen Zeitung Washington Examiner auftauchte, nachdem der Politiker unter Korruptionsverdacht stand. »Es ist interessant, dass die Behörden unter der neuen Regierung nach Gründen suchen, wie man bereits gegebene Aufnahmезusagen widerrufen kann«, sagte Wingert. Bei der zweiten Gruppe der jungen Frauen bemühe sich Andreas Linders Tübinger Verein move on um Ausbildungsverträge als Altenpflegehelferinnen. Das sei die wahrscheinlich letzte Chance für die Frauen, um nicht abgeschoben zu werden. Wingert erstellte dafür kurze Bewerbungsvideos mit den Frauen.

Wie sind die Lebensumstände der Flüchtlinge in Pakistan?

»Sie haben nur ein Visum für drei Monate und wenn das bis Jahresende nicht verlängert wird, droht ihnen die Abschiebung«, so Wingert. Tausende Afghanen seien bereits aus Pakistan nach Afghanistan abgeschoben worden. Den Menschen, die in einer von move on angemieteten Wohnung leben und dort mit großem Eifer Deutsch lernten, ginge es den Umständen entsprechend gut.

Wie wurden diejenigen, denen die Ausreise gelang, in Deutschland empfangen?

Die Rechtsanwältin, die Ausreise in Deutschland ankam, berichtete von

einem zweistündigen Verhör einer deutschen Behörde, das mit den Worten begann, dass sie es nun »tatsächlich mit ihren gefälschten Papieren nach Deutschland geschafft« habe. Darüber habe sich die Juristin empört, weil sie sich in Afghanistan in Zusammenarbeit mit den Deutschen für die »Förderung der Rechtsstaatlichkeit« einzusetzte und deshalb verfolgt wurde, berichtet Wingert.

Was sagt der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung?

Der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Lars Castellucci, drängt darauf, Afghanen mit Aufnahmезusage möglichst rasch nach Deutschland zu holen. Es schade »Deutschlands Ansehen in der Welt, wenn wir unsere Versprechen nicht einhalten«, sagte der SPD-Politiker den Zeitungen der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft. »Wir müssen jetzt alle Kräfte bündeln. Die Lage der Betroffenen ist furchtbar und es wäre kein Ruhmesblatt für Deutschland, sie im Stich zu lassen«, mahnte der SPD-Politiker. Es gehe »letztendlich um eine kleine Gruppe von rund 1.500 Personen«, die in Pakistan und Afghanistan festsäßen. »Deshalb setze ich mich weiterhin dafür ein, dass es gelingt, alle Betroffenen rechtzeitig nach Deutschland zu holen.«

Wo ist der Dokumentarfilm von Peter Wingert zu sehen?

Der 15-minütige Dokumentarfilm ist auf der Videoplattform Youtube unter dem Kanal @archerpete zu sehen. (GEA)



Der Tübinger Andreas Linder erklärt einer afghanischen Rechtsanwältin bei einem Besuch in Pakistan das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin. Diese Frau durfte inzwischen mit ihrer Familie nach Deutschland einreisen.